



August 2017

Einwanderungsgesetz

Ausgangssituation

Seit Jahren diskutieren Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und zivilgesellschaftliche Akteure über ein Einwanderungsgesetz. Jetzt, im Vorfeld der Bundestagswahlen, des zunehmenden Rechtspopulismus sowie des wirtschaftlichen und demographischen Wandels, wächst die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsgesetz braucht. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP sprechen sich dafür aus. In CDU/CSU, die sich lange gegen ein Einwanderungsgesetz sperrten, findet ein Umdenken statt.

Die IG Metall vertritt den Standpunkt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist: wirtschaftlich, sozial sowie kulturell werde es von Zuwanderung profitieren. Sie hat sich in zahlreichen Papieren und Beschlüssen für ein zeitgemäßes, verständliches und transparentes Einwanderungsgesetz ausgesprochen - ein Gesetz, das die Einwanderung aus Arbeitsgründen getrennt von Flucht und Asyl behandelt.

Erwerbseinwanderung heute

Was die Erwerbseinwanderung aus Drittstaaten betrifft, gibt es eine paradoxe Situation. Nach Einschätzung von Experten hat Deutschland inzwischen eine der liberalsten Regelungen für beschäftigungsorientierte Zuwanderung aus Drittstaaten. Der Zuzug von Fachkräften aus Drittstaaten bleibt dennoch deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Gründe: Eine Unzahl unübersichtlicher Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen, Rechtsunsicherheit bei Aufenthaltsdauer, Einbürgerung und Familiennachzug. Und nicht zuletzt die, im Ver-

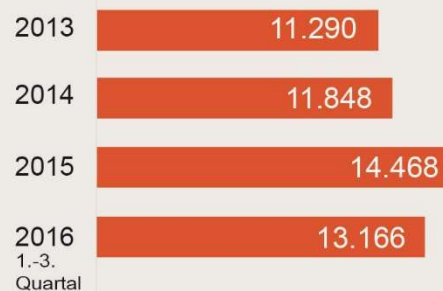
gleich zu englischsprachigen Ländern, hohen Sprachbarrieren. Im Ergebnis sind unter den Einwanderern von heute vor allem Flüchtende und EU-Bürger.

Green- und EU-Blue-Card

Die Bemühungen, ausländische Fachkräfte zu gewinnen, sind nicht neu. Durch Green Card (2000 – 2004) und EU-Blue-Card (seit 2009) konnten sich Fachkräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben. Allerdings wurden von Januar 2013 bis Oktober 2016 nur knapp 51.000 Blue Cards an Ausländer aus Nicht-EU-Staaten ausgegeben (siehe Grafik).

Ausgabe von EU-Blue-Cards in Deutschland

an hochqualifizierte Fachkräfte aus Staaten außerhalb der EU



Quelle: BAMF/Ausländerzentralregister



Einwanderungsgesetz

Eckpunkte für ein Einwanderungsgesetz

Mit einem Einwanderungsgesetz wollen die Befürworter einige Hürden abbauen. Die wichtigsten Eckpunkte aus den vorliegenden Gesetzesvorhaben:

Die Auswahl der ausländischen Bewerber/-innen wird anhand eines **Punktesystems** vorgenommen. Bewertet werden unter anderem Ausbildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Verwandte in Deutschland sowie das Vorliegen eines Arbeitsplatzangebots.

Vorrang haben Menschen mit Uni-Abschluss oder mit beruflichem Abschluss.

Die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung wird auf drei Jahre befristet.

Das Einwanderungskontingent soll jährlich durch den Bundestag oder ein dafür noch zu schaffendes Gremium festgelegt werden.

Die Position der IG Metall

Die IG Metall begrüßt diese Initiativen, hält die Vorschläge allerdings für unzureichend. Aus ihrer Sicht muss ein Einwanderungsgesetz folgendes sicherstellen:

- Die neuen Regelungen sollen einfacher und transparenter werden und dürfen sich nicht restriktiver auswirken als die bisherigen.
- Die **Integration** darf sich nicht auf den Arbeitsmarkt beschränken, auch die Integration in die Gesellschaft ist zu fördern.
- **Die arbeitsrechtlichen Regelungen sowie die sozialen und tariflichen Standards müssen für alle ausgebaut werden.** Es geht auch darum, die Beschäftigung der bereits hier lebenden Arbeitskräfte

zu sichern. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen vor Dumping bei Arbeitsbedingungen und Entgelten geschützt werden.

- **Die Chancengleichheit für Frauen und Männer** sowie für Menschen mit akademischen und nicht akademischen Berufen ist zu gewährleisten.
- Um die Integration der Einwanderer zu fördern, muss der **Familiennachzug** erleichtert und die **Mehrstaatigkeit** akzeptiert werden. Wer einwandern möchte, braucht eine langfristige Perspektive von Beginn an.
- **Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse** muss weiter erleichtert werden.



Quelle: BIM/HU-Studie zu IG Metall-Mitgliedern mit Migrationshintergrund 2016